

**N i e d e r s c h r i f t**  
**über die 30. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung**  
**am Freitag, dem 11. Dezember 2020**

Beginn: 19:05 Uhr

Ende: 21:25 Uhr

**T a g e s o r d n u n g :**

- 1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift**
- 3. Finanzangelegenheiten**
- 3.1 a) Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2021**  
hier: Beratung und Beschlussfassung gemäß § 97 (1) HGO
- b) Investitionsprogramm 2020 – 2024**
- 4. Planungs- und Bauangelegenheiten**
- 4.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Fritzlär Nr. 8 „Sondergebiet – Handwerklicher Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb Lindenweg 7“ / Änderung Nr. 10 des Flächennutzungsplanes der Stadt Fritzlär „Sonderbaufläche – Handwerklicher Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb“ im Gebiet „Lindenhof“ in Fritzlär**  
hier:
  1. Beschluss über das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
  2. Auslegungsbeschluss
- 5. Anträge**
- 5.1 Antrag der FW Fraktion vom 23.10.2020 zur Unterstützung der örtlichen Wirtschaft – Fritzlärer Solidarpaket.**
- 5.2 Antrag der CDU Fraktion vom 24.11.2020 zur Prüfung von verbesserten Lärmschutzmaßnahmen für den Bestandsbereich entlang der A49.**
- 5.3 Antrag der FDP Fraktion vom 24.11.2020 zur Prüfung, ob ein Radweg oder ein gemeinsamer Fuß- und Radweg zwischen der Kreuzung Erfurter Ring Richtung Roter Rain erstellt bzw. ausgewiesen werden kann.**
- 5.4 Antrag der SPD Fraktion vom 24.11.2020 zur Umsetzung von zwei zusätzlichen Haltepunkten für die Buslinie 500 im Bereich der Stadt Fritzlär.**
- 6. Anfragen**
- 6.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2020 zum Aktionsplan der Klimakommune Fritzlär.**

## 1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit

Auf Einladung des **Stadtverordnetenvorstehers** vom 04.12.2020 erscheinen folgende Mitglieder:  
siehe beigefügte Anwesenheitsliste

Der **Stadtverordnetenvorsteher** stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## 2. Genehmigung der Niederschrift

Der **Stadtverordnetenvorsteher** teilt mit, dass vom Stadtverordneten **Jung** eine Klarstellung bei TOP 10.3 – **Anfrage der FW-Fraktion vom 23.10.2020 zur Teerdecke Gießener Str. Höhe Evangelische Kirche** – gewünscht wird. Der vorletzte Satz der Antwort von Bürgermeister Spogat wird daher um „*und mit den ursprünglichen Pflastersteinen wiederhergestellt werden*“ ergänzt, so dass die Antwort folgende Fassung erhält:

Das Pflaster in Höhe der Gießener Straße am Werkeltor hat sich wieder einmal stark gesetzt und verkantet, sodass hier Stolperkanten entstanden sind. Aufgrund der Verkehrssicherungspflicht wurden zunächst keine Pflastersteine neu verlegt, denn das hätte nur für einen kurzen Zeitraum Abhilfe geschaffen, insbesondere, weil in diesem Bereich momentan vermehrt LKW-Verkehr durch die Baumaßnahmen zu verzeichnen ist. Begründet wird diese ständige Verschiebung des Pflasters, wie auch am Jordan, durch die vermutlich im Untergrund befindlichen festen Betonschichten, die nach Abschluss aller Baumaßnahmen durch die Abteilung Tiefbau begutachtet werden müssen und mit den ursprünglichen Pflastersteinen wiederhergestellt werden. Die Gesamtkosten für die Asphaltierung betragen ca. 4.000 Euro.

Die Niederschrift über die 29. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 05.11.2020 wird mit der vorstehenden Berichtigung genehmigt.

Der **Stadtverordnetenvorsteher** berichtet, dass ihm von der SPD-Fraktion ein Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung vorliegt.

Stadtverordneter **Jung** erläutert den Antrag der SPD-Fraktion vom 07.12.2020 zum **Neubau einer Stadtsporthalle in Fritzlar** und dass dieser noch vor dem TOP 3 behandelt werden sollte.

Die Ergänzung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen und bereits an dieser Stelle behandelt, auch wenn der Antrag selbst in der Niederschrift als **TOP 5.5** geführt wird.

## 3. Finanzangelegenheiten

### 3.1 a) Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2021

hier: Beratung und Beschlussfassung gemäß § 97 (1) HGO

### b) Investitionsprogramm 2020 – 2024

Stadtverordneter **Gert Rohde** berichtet für den Ausschuss für Planung, Umwelt, Soziales und Kultur sowie Stadtverordneter **Dr. Heil** für den Haupt- und Finanzausschuss, in seinem Bericht trägt Stadtverordneter **Dr. Heil** die Ergänzungsanträge des Ausschusses vor:

*Bezüglich der Rückmeldungen der Ortsbeiräte zum Haushalt 2021 stellt Bürgermeister Spogat den Antrag, in den Haushalt 2021 für den Ortsteil Züschen zusätzlich 8.000 € für ein Ersatzspielgerät „Auf der Bösen Hecke“ sowie 3.500 € für die Neuanpflanzung von Bäumen aufzunehmen.*

*Stadtverordneter Klinge stellt den Antrag zu Protokoll zu nehmen, dass der vom Magistrat auf die Jahre 2022/2023 geschobene Kanal- und Straßenbau Goldbach in Werkel hiermit ein letztes Mal geschoben wurde und die Durchführung dieser Maßnahme tatsächlich in 2023 erfolgt.*

*Bürgermeister Spogat stellt den Antrag, für die Umrüstung auf LED-Flutlicht auf den Sportplätzen in Höhe von 35.000 € in den Haushalt aufzunehmen. Dafür wird der bisherige Ansatz 2021 für die Hessentagsveranstaltungen in Höhe von 50.000 € um 40.000 € auf 10.000 € reduziert, da 10.000 € für die bisherige Vorbereitung inkl. Dienstreisen und Besprechungen im kommenden Jahr ausreichen werden.*

*Stadtverordneter Dr. Pohl stellt den Antrag, die vom Magistrat von 2021 in 2022 geschobene Maßnahme, eine Überdachung der Terrasse im Freibad als Schutz gegen eindringendes Regenwasser im Keller, nicht in 2022 zu schieben, sondern die Maßnahme in 2021 durchzuführen, bevor im Keller größere Schäden entstehen.*

Stadtverordneter **Gert Rohde** sowie Stadtverordneter **Dr. Heil** empfehlen der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt*

- a) *die Haushaltssatzung 2021 mit Anlagen nach dem vorliegenden Entwurf sowie den Ergänzungen aus dem Haupt- und Finanzausschuss und*
- b) *das dem Haushaltsplan beigelegte Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024.*

Abstimmungsergebnis zu a): 29 Ja-Stimmen  
2 Stimmenenthaltungen

Abstimmungsergebnis zu b): 29 Ja-Stimmen  
2 Stimmenenthaltungen

#### **4. Planungs- und Bauangelegenheiten**

##### **4.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Fritzlar Nr. 8 „Sondergebiet – Handwerklicher Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb Lindenweg 7“ / Änderung Nr. 10 des Flächennutzungsplanes der Stadt Fritzlar „Sonderbaufläche – Handwerklicher Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb“ im Gebiet „Lindenhof“ in Fritzlar**

- hier:
1. Beschluss über das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
  2. Auslegungsbeschluss

Stadtverordneter **Gert Rohde** berichtet für den Ausschuss für Planung, Umwelt, Soziales und Kultur und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, folgende Beschlüsse (getrennt) zu fassen:

1.

*Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit der Anhörung der Behörden und*

sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zur Kenntnis.  
Die während der frühzeitigen Beteiligung zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Fritzlär Nr. 8 „Sondergebiet – Handwerklicher Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb Lindenweg 7“ sowie zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fritzlär vorgebrachten Bedenken oder Anregungen der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der beteiligten Öffentlichkeit (Bürgerinnen und Bürger) wurden mit folgendem Ergebnis geprüft:

- a) Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Zusammenstellung des Planungsbüros PSL, Kassel vom 17.11.2020 zur Abwägung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Kenntnis und beschließt die Anregungen und Bedenken sowie Hinweise entsprechend der jeweiligen Beschlussempfehlungen dieser Auswertung zu berücksichtigen bzw. zur Kenntnis zu nehmen.
- b) Grundsätzliche Bedenken oder Anregungen wurden seitens der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nicht vorgebracht.
- c) Im Zusammenhang der vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit aus der frühzeitigen Beteiligung stellt die Stadtverordnetenversammlung fest, dass keine Stellungnahmen eingereicht wurden.

2.

Die Entwürfe des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Fritzlär Nr. 8 „Sondergebiet – Handwerklicher Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb Lindenweg 7“ sowie der Änderung Nr. 10 des Flächennutzungsplanes der Stadt Fritzlär „Sonderbaufläche – Handwerklicher Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb“ im Gebiet „Lindenhof“ in Fritzlär werden zusammen mit der Begründung und Umweltbericht unter Berücksichtigung des Beschlusses 1 a) bis 1 c) zum Zwecke der öffentlichen Auslegung gebilligt.

Anschließend lässt der **Stadtverordnetenvorsteher** über die Punkte getrennt abstimmen:

Abstimmungsergebnis zu 1:	Einstimmig Ja
Abstimmungsergebnis zu 2:	Einstimmig Ja

## 5. Anträge

### 5.1 Antrag der FW Fraktion vom 23.10.2020 zur Unterstützung der örtlichen Wirtschaft – Fritzlärer Solidarpaket.

Stadtverordneter **Dr. Pohl** trägt den Ergänzungsantrag – der den ursprünglichen Antrag beinhaltet bzw. modifiziert – der FW Fritzlär vor:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1.) 100.000 € zur Unterstützung von Handel und Gewerbe bereitzustellen.
- 2.) Für die Verteilung der 100.000 Euro soll das Stadtmarketing eingebunden werden. Die 100.000 € werden in Form eines Bonus / Zuschuss für Einkaufsgutscheine gewährt.
- 3.) Der Bonus wird auf 20 % festgelegt. Je Person wird nur ein Gutschein bis max. 200 EUR bezuschusst.

Der vom Kunden erworbene Gutschein wird um einen Zuschlag in Höhe von 20 Prozent im Wert erhöht (Beispiel: Bestellwert 100 Euro = Gutscheinwert 120 Euro). Der vom Kunden eingesetzte Betrag (bspw. mind. 10,00 € bis zu einer Obergrenze von 250 Euro pro Person und Geschäft) ist in 10 Euro-Schritten frei wählbar.

Diese Gutscheine können bei Unternehmen/Betrieben in Fritzlär eingelöst werden, die an der Aktion teilnehmen.

*Teilnahmeberechtigt sind Gewerbebetriebe, die vom Lockdown in 2020 direkt betroffen waren oder coronabedingte Umsatzeinbußen nachweisen können.*

*Von der Teilnahme ausgeschlossen sind:*

- *Lebensmittel-, Futtermittel- sowie Großhandel*
- *Wochenmärkte*
- *Getränkemärkte*
- *Apotheken*
- *Drogerien*
- *Sanitätshäuser*
- *Tankstellen*
- *Bau-, Garten- und Tierbedarfsmärkte*
- *Spielhallen und Wettannahmestellen*

*Im Zweifelsfall entscheidet der Magistrat über die Teilnahme.*

*Die Stadt wird beauftragt alle in Frage kommenden Betriebe in Fritzlär anzuschreiben und über die Möglichkeit der Teilnahme zu informieren. Zudem soll auf Homepage und in der Außenbendarstellung für die Aktion geworben werden.*

Stadtverordneter **Dr. Heil** berichtet für den Haupt- und Finanzausschuss und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung bei 1 Ja-Stimme, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen, den Antrag der FW-Fraktion zur Unterstützung der örtlichen Wirtschaft – Fritzlärer Solidarpaket abzulehnen.

Stadtverordneter **Jung** stellt in der folgenden Diskussion einen weiteren Ergänzungsantrag: *Die Ausgabe der Gutscheine soll starten, sobald die begünstigten Unternehmen ihren Betrieb wieder aufnehmen dürfen.*

Dieser weitere Ergänzungsantrag wird vom Stadtverordneten **Dr. Pohl** in den Ergänzungsantrag der FW-Fraktion mit aufgenommen.

Stadtverordneter **Dr. Pohl** beantragt für die FW-Fraktion gemäß § 23 (5) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung die namentliche Abstimmung.

Sodann befragt der **Stadtverordnetenvorsteher** jede/n Stadtverordnete/n einzeln über ihre oder seine Stimmabgabe.

Mit Ja haben 10 Stadtverordnete gestimmt:

Gerlinde Draude, Tobias Goldmann, Mario Jung, Alfred Klinge, Karin Kreuzmann, Simon Reichhold, Dierk Schmietenknop, Rüdiger Lederle, Dr. Christoph Pohl, Gert Rohde

Mit Nein haben 21 Stadtverordnete gestimmt:

Marion Amert, Anna-Maria Bischof, Tanja Bischof, Eberhard Dippolter, Thomas Eichhorst, Dr. Hans-Gerhard Heil, Sigrid Jungermann, Michael Lahmer, Ulrich Rohde, Maria Reitz, Stefan Ritz, Margot Sauer, Michael Schär, Sandra Splanemann-Schaumlöffel, Ingmar Theiß, Konrad Winter, Stefanie Winter, Dr. Richard Gronemeyer, Dr. Baschar Malek, Elke Emilius, Wolfgang Holzer

Somit ist der Antrag abgelehnt.

## 5.2 Antrag der CDU Fraktion vom 24.11.2020 zur Prüfung von verbesserten Lärmschutzmaßnahmen für den Bestandsbereich entlang der A49.

Stadtverordneter **Schär** trägt den Antrag der CDU-Fraktion vor:

*Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, zu prüfen, inwieweit mit den Nachbarkommunen entlang der A 49 eine gemeinsame Initiative auf Verbesserung des Lärmschutzes auf den Weg gebracht werden kann.*

*Für die Beschaffung eines eigenen Lärmmessgerätes, ca. 900 Euro und die Mitunterstützung eines Rechtsgutachtens, ca. 3000 Euro soll im interkommunalen Verbund mit den Kommunen von Baunatal bis Borken/Neuental bereitgestellt und beauftragt werden.*

### **Begründung:**

Seit einigen Jahren wird durch verschiedene Interessengruppen, insbesondere der IG Lärmschutz, versucht den aktiven und passiven Lärmschutz entlang der BAB A 49 zu verbessern. Dabei wird von uns der notwendige Lückenschluss der A 49 und der Verlagerung der Verkehrsströme weg von den Bundes- und Landesstraßen nicht in Frage gestellt. Der Schutz der an diesen Straßen lebenden Menschen wird von uns in Solidarität mit den Nachbarkommunen mit unterstützt.

Aufgrund der Veränderung der Verkehrsströme wird die zu erwartende Lärmbelastung für unsere Stadtteile Werkel, Obermöllrich und auch für einige Bereiche der Kernstadt/Siedlungsgebiete ansteigen. ....(Passiver Lärmschutz gem. B-plan für RoRain ist vorgegeben).

Abstimmungsergebnis:       30 Ja-Stimmen  
                                  1 Stimmenenthaltung

## 5.3 Antrag der FDP Fraktion vom 24.11.2020 zur Prüfung, ob ein Radweg oder ein gemeinsamer Fuß- und Radweg zwischen der Kreuzung Erfurter Ring Richtung Roter Rain erstellt bzw. ausgewiesen werden kann.

Stadtverordneter **Dr. Malek** trägt den Antrag der FDP-Fraktion vor:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob ein Radweg oder gemeinsamer Fuß- und Radweg zwischen der Kreuzung Erfurter Ring Richtung Roter Rain erstellt bzw. ausgewiesen werden kann.*

### **Begründung:**

Der starke Anstieg des Schladenweges zum Roten Rain und die unübersichtliche Straßenführung im Hohlweg ist ein bedeutender Risikofaktor für bergauf fahrende Radler. Es fehlt bisher eine radfahrgerechte Anbindung des Rotens Rains an die Kernstadt, in dem ein großes Neubaugebiet entsteht.

Es bieten sich folgende Alternativen an:

1. Der rechts führende Fußweg wird bis zu der oben am Berg liegenden Treppe als kombinierter Fuß- und Radweg ausgewiesen. Von der Treppe an müssten Radfahrer absteigen und ihr Rad über eine kurze Distanz schieben. Alternativ wäre zu prüfen, ob der Treppenschnitt in eine befahrbare Serpentine umgebaut werden kann.

2. Der linke Bürgersteig wird als Fuß- und Radweg ausgewiesen. Er müsste im unteren Abschnitt etwas verbreitert werden. Radfahrer, die vom Schladenweg oder vom Erfurter Ring kommen, müssten an der Ampel auf die linke Seite wechseln. Es wäre auch denkbar, diesen Bürgersteig als reinen Radweg auszuweisen und die Fußgänger auf die gegenüberliegende Seite zu weisen.

Der bergabfahrende schnellere Radverkehr kann problemlos mit den motorisierten Fahrzeugen mitschwimmen.

Die Maßnahme verbessert die Sicherheit für Radfahrer und fördert den innerstädtischen

Radverkehr. Der Kostenaufwand bleibt überschaubar.

Abstimmungsergebnis:       21 Ja-Stimmen  
                                  9 Nein-Stimmen  
                                  1 Stimmenenthaltung

#### **5.4 Antrag der SPD Fraktion vom 24.11.2020 zur Umsetzung von zwei zusätzlichen Haltepunkten für die Buslinie 500 im Bereich der Stadt Fritzlar.**

Stadtverordneter **Jung** trägt den Antrag der SPD-Fraktion vor:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat wird beauftragt Gespräche mit den Verantwortlichen des NW und ggf. Hessenmobil (wieder-) aufzunehmen, um zwei zusätzliche Haltepunkte für die Buslinie 500 im Bereich der Stadt Fritzlar umzusetzen. Diese Haltepunkte sollen*

- 1.) in der Straße „Brautäcker“ und*
- 2.) an der L3383, im Bereich der Querungshilfe zwischen Geismar und dem neuen Friedhof angelegt werden.*

#### **Begründung:**

Für beide genannten Gebiete gibt es seit längerer Zeit Diskussionen über die zusätzliche Anlage eines Haltepunktes, bzw. die bessere Erreichbarkeit und Anbindung an die Innenstadt. Insbesondere im Bereich des Gewerbegebietes im Fritzlarer Norden besteht, auf Grund der stetig wachsenden Zahl der dort Beschäftigten, ein wachsender Bedarf für die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Der NW zeigte sich bei unserem Gespräch am 10. August offen für beide zusätzlichen Haltepunkte. Für den Fahrplan seien diese zusätzlichen Haltepunkte unproblematisch, da keine, bzw. keine nennenswerten Umwege für die Linienführung entstehen.

Über eine ggf. notwendige finanzielle Beteiligung der Stadt Fritzlar sollte im Verlauf dann in den Ausschüssen beraten werden.

Abstimmungsergebnis:       12 Ja-Stimmen  
                                  19 Nein-Stimmen

Somit ist der Antrag abgelehnt.

#### **5.5 Antrag der SPD Fraktion vom 07.12.2020 zum Neubau einer Stadtsporthalle in Fritzlar.**

Stadtverordneter **Jung** trägt den Antrag der SPD-Fraktion vor:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat wird aufgefordert die Stadtverordnetenversammlung unverzüglich und vollumfänglich über alle Schritte zu informieren, die bislang zum Neubau einer Stadtsporthalle in Fritzlar unternommen wurde. Dies betrifft insbesondere alle Aufträge, die zur Planung und Ermittlung der Kosten der Maßnahme intern und/oder extern vergeben wurden und die in diesem Zusammenhang bislang entstandenen Planungskosten.*

*Darüber hinaus wird der Magistrat aufgefordert mitzuteilen wann der konkrete Förderantrag eingereicht wurde, der zur Bewilligung von 2,7 Mio. EUR im Rahmen des „Investitionspaktes Sportstätten 2020“ geführt hat und welches städtische Gremium über die Einreichung entschieden hat.*

*Nach Offenlegung dieser Informationen soll in den Sitzungen von PSK und HFA im Februar 2021 über die Maßnahme beraten werden und der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Beschlussempfehlung zugeleitet werden.*

*Der Haushalt für das Jahr 2021 kann in diesem Punkt nur unter Vorbehalt beschlossen werden.*

**Begründung:**

Noch in der Sitzung des HFA am 03. Dezember beteuerte Bürgermeister Spogat, dass derzeit lediglich die Förderfähigkeit der verschiedenen Projekte im Rahmen des Hessentages durch die Ministerien geprüft wird.

Nur einen Tag später liegt ein positiver Bescheid über 2,7 Mio. EUR vor, der nichts mit dem Hessentag zu tun hat.

Als Stadtverordnete fragen wir uns an dieser Stelle, wie es dazu kommen konnte und warum wir aus Pressemitteilungen erfahren müssen, was doch eigentlich im Parlament beschlossen werden müsste.

Niemand in der SPD-Fraktion stellt die Notwendigkeit einer Stadtsporthalle in Frage! Sie wird zweifelsfrei zu einer deutlichen Verbesserung der Trainings- Spielmöglichkeiten unserer zahlreichen Sportvereine führen.

Über Größe, Ausstattung, Gesamtkosten und Finanzierung einer solchen Sporthalle mit einem mutmaßlichen Investitionsvolumen von 3,0 Mio. EUR muss aber nach unserer Auffassung das Parlament rechtzeitig informiert werden, beraten und anschließend entscheiden. Hier wurde das Pferd scheinbar von hinten aufgezäumt und das Parlament vor vollendete Tatsachen gestellt.

Bürgermeister **Spogat** informiert, dass im „Projektplan für den Hessentag“ die Verbesserung von Sportstätten an 2. Priorität gesetzt wurde. Dementsprechend habe er, weil für die Vereine nicht ausreichend Hallenkapazitäten zur Verfügung stehen, einen Antrag zu einem kurzfristig bekanntgegebenen Förderprogramm gestellt. Ob und wie bei einem positiven Bescheid das Projekt weiterverfolgt würde, könne in der Februarsitzung – nach den Verhandlungen mit dem Hessischen Ministerium der Finanzen – mit allen Investitionen entschieden werden. Der Abruf dieser in Aussicht gestellten Fördermittel hätte bis 31.12.2023 zu erfolgen. Somit bestehe kein Handlungsdruck und die Planung könne in Ruhe 2022 vorbereitet werden.

Stadtverordneter Holzer stellt den folgenden Ergänzungsantrag:

*Als weitere Information ist eine Bedarfsermittlung zu liefern. Weiterhin sind die Folgekosten darzustellen (Verwaltung, Unterhalt, Abschreibung).*

Zunächst lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Ergänzungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:        10 Ja-Stimmen  
                                      20 Nein-Stimmen  
                                      1 Stimmenenthaltung

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Stadtverordneter **Jung** teilt mit, dass aus dem Antrag der SPD-Fraktion der letzte Satz gestrichen werden sollte und zwar: *Der Haushalt für das Jahr 2021 kann in diesem Punkt nur unter Vorbehalt beschlossen werden.*

Sodann lässt **Stadtverordnetenvorsteher** über den Antrag der SPD-Fraktion mit der Änderung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:        11 Ja-Stimmen  
                                      20 Nein-Stimmen

Somit ist der Antrag abgelehnt.



## 6. Anfragen

### 6.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2020 zum Aktionsplan der Klimakommune Fritzlar.

Die Fraktion der Bündnis 90/ Die Grünen stellt folgende Anfrage:

#### **Aktionsplan der Klimakommune Fritzlar**

*Am 19.08.2020 ist die Stadt Fritzlar dem Bündnis „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“ beigetreten. Als ersten Schritt stellen die unterzeichnenden Kommunen einen Aktionsplan zu Klimaschutz und Klimawandelanpassung vor Ort auf.*

1. *Wie ist der aktuelle Stand in Bezug auf die Aufstellung eines kommunalen Aktionsplanes?*
2. *Wie sehen die weiteren Schritte aus und bis wann sollen diese terminlich erarbeitet werden?*
3. *Wer erarbeitet den Aktionsplan? Welche kommunalen Stellen, welche Gremien, Beiräte, oder ähnliches werden an der Ausarbeitung des Aktionsplans beteiligt?*
4. *Wie und für wann plant der Magistrat die Einbindung der Bürger und der Öffentlichkeit?*

Bürgermeister **Spogat** antwortet wie folgt:

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Stadt Fritzlar mit Urkunde vom 26.08.2020 Mitglied bei den Klimakommunen Hessens ist und zeigt dazu die Urkunde der Hessischen Umweltministerin vor.

Aufgrund der fortschreitenden Pandemie wurde kein kommunaler Aktionsplan erstellt, somit wurde der Prozess der Bürgerbeteiligung nicht gestartet. Aufgrund der hohen Inzidenzen wolle man auf eine Zeit nach der Pandemie warten. Man erwägt evtl. im Jahr 2021 u. a. Beiräte und städtische Gremien zu beteiligen.

Der Magistrat hatte mehrfach Kontakt mit der Landesenergieagentur, die die diesbezüglichen Fragen gestellt hatten und um Verschiebung eines zu erarbeitenden Aktionsplanes gebeten. Dennoch so führt er weiter aus, könne man in Fritzlar in Bezug auf Klimaschutz viele Erfolge vorweisen, und habe bei allen städtischen Maßnahmen und Investitionen die Energieeinsparung und den Schutz von Ressourcen im Blick. So seien beispielsweise bei der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED für Kernstadt und Stadtteile ca. 420.000 kWh und somit in Summe finanzielle Mittel von ca. 96.000 EUR eingespart worden. Die städtischen Kosten für die Umrüstung seien in wenigen Jahren amortisiert.

Ständige Verbesserung der Energieeffizienz in der Kläranlage, der Anschluss der KiTa Roter Rain an das Nahwärmenetz sowie der Anbringung von PV-Anlagen zur Stromerzeugung zeigen neue Methoden zur Energieeinsparung. Neue Wege sei man bei der Wärmeversorgung mit einer Erdwärmeversorgung bei der KiTa Geismar beschritten. Auch die Wärmeversorgung durch eine Luft-Wärmepumpe in der KiTa Sehgärten sei geplant, weiterhin Dachbegrünungen und Installation von PV-Anlagen. Bei den bisherigen energetischen Sanierungen der Multifunktionshäuser in Lohne, Ungedanken und Werkel seien effiziente Wärmeschutzmaßnahmen durchgeführt worden. In Lohne wurde das Multifunktionshaus und das Dorfzentrum auf Nahwärmeversorgung umgestellt. Auch im Freibad sei seit vielen Jahren eine Solarthermieanlage im Betrieb.

Stadtverordneter **Holzer** wünscht, dass der jährliche Bericht der Klimakommune Fritzlar den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben werden sollte. Hiergegen erheben sich keine Einwände.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt der **Stadtverordnetenvorsteher** fest, dass damit die Tagesordnungspunkte abgehandelt sind.  
Er teilt mit, dass der Betrag für die jährliche Abschlussfeier – die in diesem Jahr coronabedingt ausfällt – dem Kinderhospiz Nordhessen gespendet wird.  
Danach schließt der **Stadtverordnetenvorsteher** die Sitzung.



**Dippolter**  
**Stadtverordnetenvorsteher**



**Scholz**  
**Schriftführer**